

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtdirektion Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Kontospender: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheinung: täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Rohrlappert

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7spaltene 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Abschließen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 147

Bad Schandau, Montag, den 27. Juni 1927

71. Jahrgang

Das Saargebiet „besatzungsfrei“!

Von Dr. Kurt Hüttenbräuder-Saarbrücken.

Gemäß dem Beschlusse des Völkerbundes haben nunmehr die französischen Truppen innerhalb der vorgeschriebenen Frist von drei Monaten das Saargebiet endgültig verlassen. Es ist damit „besatzungsfrei“ geworden.

In diesem historischen Augenblick verlohnt es sich, einen kurzen Rückblick auf die verflochtenen neun Jahre französischer Militärherrschaft im Saargebiet zu werfen. In der letzten Novemberwoche des Jahres 1918 hielten die französischen Truppen unter Aufsicht eines großen militärischen Gepräges ihren Einzug. Die französischen Generale schienen der Ansicht zu sein, daß ihnen das Land starke Sympathien entgegenbringen und als den „Befreier“ zujubeln würde. Um so größer war die Enttäuschung über den frostigen Empfang, der selbst in der als französischfreundlich gekennzeichneten Stadt Saarlouis den neuen Machthabern deutlich zeigte, daß hier von keinerlei Gegenliebe die Rede sein konnte.

Nachdem die französische Militärverwaltung so zu der Erkenntnis gekommen war, daß man sich in „Feindesland“ befand, setzte eine wahre Willkürherrschaft ein. Unter Anwendung aller erdenklichen Gewaltmittel wurde der Versuch gemacht, das Saargebiet zu französisieren. Täglich fanden Terrorakte der französischen Soldateska statt. Die Bevölkerung war dem französischen Militär schutzlos preisgegeben. Alle diese Uebergriffe wurden mit einem „C'est la guerre“ (Krieg ist Krieg!) entschuldigt, auch in den Fällen, wo ihnen Menschenleben zum Opfer fielen. Selbst, wenn sich nicht bestreiten ließ, daß das Recht auf deutscher Seite lag, blieben derartige Uebergriffe ungeahnt. Noch im Jahre 1920, als schon die vom Völkerbund eingesezte Regierung ihr Amt angetreten hatte, verhängte man den militärischen Ausnahmezustand, weil die Beamtenhaft zwecks Wahrung ihrer verbrieften Rechte in den Streik getreten war. Die Franzosen veranstalteten wahre Menschenjagen, die sie von schwarzen und gelben Soldaten ausführen ließen. Treudeutsche Menschen, die kein anderes Verbrechen begangen hatten, als sich mutig zu ihrem Deutschtum zu bekennen, wurden massenweise eingesperrt und schließlich von Haus und Hof vertrieben. — Es würde zu weit führen, die Schreckensherrschaft des französischen Militärs im Saargebiet noch eingehender zu schildern.

Es bedeutet gewiß eine bittere Enttäuschung für die Saargebietbevölkerung, als der Friedensvertrag, im krassen Gegensatz zu den berühmten vierzehn Punkten Wilsons, die vorläufige Lösung des rein deutschen Saargebietes von seinem Mutterlande verfügte. Ein kleiner Lichtblick war es immerhin, wenn der gleiche Vertrag bestimmte, daß im Saargebiet keinerlei Militär unterhalten werden dürfe, sondern daß nur eine einheimische Gendarmerie für die Aufrechterhaltung der Ordnung Sorge tragen solle. Von Rechts wegen hätten daher die französischen Truppen mit Inkrafttreten des Friedensvertrages — also zum 10. Januar 1920 — bereits abmarschieren müssen. Auf französischer Seite dachte aber niemand daran. Selbstverständlich setzte sofort der Kampf der Saarbevölkerung um dieses ihr vertraglich zugesicherte Recht ein: die zähe, unermüdete Arbeit, vor allem der Genfer Saardelegationen hat dann schließlich auch den Erfolg gehabt, daß die Besatzungstruppen allmählich bedeutend vermindert wurden und daß sich das französische Militär größerer Zurückhaltung befleißigte. Den endgültigen Rückzug hat aber Frankreich immer wieder zu hintertreiben gewußt. Es zeigte sich sehr bald, daß die Mühlen des Völkerbundes außerordentlich langsam mahlen, trefflich sein aber nur dann, wenn es im französischen Interesse liegt.

Mehr als sieben volle Jahre hat es gedauert, bis jetzt endlich der Völkerbund, der klaren Rechtslage Rechnung tragend, den „endgültigen“ Rückzug der französischen Truppen angeordnet hat. Aber auch jetzt muß man die bedauerliche Feststellung machen, daß der französische Widerstand dagegen nur immer erst teilweise gebrochen ist.

Wenn man nach all den Leiden der Vergangenheit im Saargebiet seiner unverhohlenen Freude darüber Ausdruck gibt, daß jetzt dank der Arbeit der Saardelegationen die fremde Besatzung endlich hat weichen müssen, so fällt allerdings ein bitterer Tropfen Wermuth in diesen Freudenbecher. Denn anstatt der Besatzung hat das Saargebiet jetzt eine sogenannte Bahnschutztruppe in Stärke von 800 Mann erhalten, die keine andere Aufgabe haben soll, als den Durchgangsverkehr der Besatzungstruppen der Rheinlande durch das Saargebiet zu schützen. Da es aber niemand gibt und auch in Zukunft niemand geben wird, der jemals diesen Verkehr stören wird, so hat diese Truppe praktisch keinerlei Aufgaben zu erfüllen. Die ganze Einrichtung bedeutet daher nichts anderes, als daß es Frankreich auf diesem Umwege doch noch gelungen ist, einen kleinen Stamm Militär im Saargebiet zu unterhalten.

Denn wie sieht sich diese Truppe zusammen? Ausschließlich aus belgischen, englischen, in ihrer Mehrzahl aber aus französischen Soldaten, die sich in ihrer Landesuniform im Saargebiet aufhalten und als besonderes Kennzeichen eine Armbinde tragen. Die französische Bahnschutztruppe besteht ausschließlich aus Soldaten des Infanterieregiments 153, das bisher schon in Saarbrücken stand. Diese Truppen sind also nicht abgerichtet, sondern einfach im Saargebiet verblieben. Bis zum Eintreffen der belgischen und englischen Mannschaft versehen diesen Bahnschutz lediglich die drei Kompanien des französischen Infanterieregiments 153, die sich, wie vorgesehen, auf die Orte Saarbrücken, Reunhärchen und Sulzbach verteilen.

In Wahrheit ist also die Saarbevölkerung noch immer nicht restlos von fremder Besatzung erlöst; nach wie vor wird man im Saargebiet noch weiter unter dem starken moralischen Drucke leiden, den das Vorhandensein einer solchen Truppe auslösen muß. Aber trotzdem muß doch eine föhrlbare Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand zugegeben werden. Zunächst einmal ist zu beachten, daß vorher sich noch 3000 Mann französischer Soldaten im Saargebiet befanden, gegenüber der jetzigen Bahnschutztruppe von 800 Mann. Ferner wurde ausdrücklich festgelegt, daß diese Truppe sich in keiner Weise in saarländische Angelegenheiten hinein mischen darf; ihre einzige Aufgabe besteht eben darin, die saarländischen Bahnen zu schützen; praktisch ist sie also zur Untätigkeit verurteilt. Dem Saargebiet dürfen übrigens aus der Anwesenheit dieser Truppe keine Kosten erwachsen. Diese trägt vielmehr der Völkerbund, der sie dann auf die beteiligten Staaten umzuliegen hat. Von besonderer Bedeutung ist außerdem, daß diese Truppe trotz ihrer Uniformierung in wesentlichen Punkten ihres militärischen Charakters entkleidet wurde. Seit dem 12. Juni untersteht sie nicht mehr einer Militärverwaltung, sondern der Regierungskommission. Das bedeutet z. B., daß die Angehörigen der Truppe auch der saarländischen Gerichtsbarkeit unterworfen sind.

Wenn die so gefundene Lösung des Besatzungsproblems für das Saargebiet auch keinesfalls befriedigend kann, so wird man trotzdem anerkennen müssen, daß sie einen bemerkenswerten Fortschritt auf dem Wege zur endgültigen Befreiung des Saargebietes bedeutet.

Sonderwünsche auf der Flottenkonferenz.

Differenzen in Genf.

Die Besprechungen über die Flottenabrüstung in Genf sind soweit gediehen, daß man ein Bild über die gegenseitigen Differenzen der Großmächte gewinnt. Großbritannien verlangt die Berücksichtigung seiner besonderen Lage, für die es eine große Zahl kleiner Kreuzer benötigt. Die Vereinigten Staaten wünschen an dem Typ des großen 10 000-Tonnen-Kreuzers mit einem Geschützkaliber von 8 Zoll festzuhalten. Japan dringt auf eine größere Anzahl von Kreuzern und Zerstörern, als sie ihm bei der Ausdehnung des im Jahre 1921 in Washington festgelegten Verhältnisses auf diese Typen zugelassen worden sind. Die Delegierten betonen der Presse gegenüber, daß die Seemächte sich in vielen Punkten schon einig wären, und es daher falsch wäre, von einer Mißstimmung unter den Mächten zu sprechen, weil sie für einige Punkte noch keine gemeinsame Basis gefunden hätten.

Separatabkommen zwischen Amerika und Japan?

Wie der Newyork Herald meldet, sollen die Verhandlungen in Genf zwischen Amerika und Japan zwecks eines Separatabkommens vor dem Abschluß stehen.

Troski und Sinowjew

aus dem Zentralkomitee der Komintern ausgeschlossen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Plenum des Zentralkomitees der Komintern beschlossen, Troski und Sinowjew aus dem Zentralkomitee auszuschließen.

London mit Poincaré unzufrieden.

London, 26. Juni. Die Entwicklung, die das Verhältnis zwischen Poincaré und Stresemann genommen hat, gibt in politischen Kreisen Londons Anlaß zu ernster Besorgnis. Allgemein wird die untafelhafte Haltung des deutschen Außenministers hervorgehoben und Poincaré als der Ruheförder bezeichnet. Von den Sonntagblättern beschäftigt sich der Observer ausführlich mit der durch Poincaré geschaffenen Lage. Der Austausch der Reden zwischen Poincaré und Stresemann habe gezeigt, daß Locarno an den Geheimnissen Europas noch nicht seinen vollen Anteil habe. Man müsse zugeben, daß die Mentalität der deutschen Konservativen seit Locarno das Haupthindernis für die politische Entfaltung der damals niedergelegten Politik gewesen sei, aber Poincaré gehe ganz erheblich über eine Wahrung an die alldutschen Revanchisten hinaus, wenn er frage oder erwarte, daß Deutschlands Beitrag zur Sicherheit und zum Frieden über die ihm durch die Friedensverträge auferlegten Leistungen hinausgehen solle. Locarno sei eine freiwillige Begrenzung der deutschen Souveränität gewesen und die Rheinlandbesatzung eine vorübergehende Phase, die verschwinden müsse, wenn man eine dauernde Sicherheit am Rhein wünsche.

Die tschechische Presse zur Stresemann-Rede.

Prag, 27. Juni. Das Rede-Duell Poincaré-Stresemann wird in der tschechischen Presse auffallend wenig kommentiert. Bemerkenswert ist die Feststellung der „Tribuna“, daß die Stresemann-Rede dem Locarno-Standpunkt bedeutend näherkomme, als die Ausführungen Poincarés, der sich der Vergangenheit zugewandt habe. Die Rede Dr. Stresemann sei sehr klar gewesen und habe den festen Willen gezeigt, die Zukunft auf neuen Grundlagen mit neuen Methoden aufzubauen. Es sei zu hoffen, daß

Für eilige Leser.

* Die Teilnehmer der 4. Internationalen Handelskammer-Konferenz sind heute fast vollständig in Stockholm eingetroffen. Als Delegierte sind über 800 Teilnehmer angemeldet. Die stärkste Zahl an Delegierten stellen mit 158 die Vereinigten Staaten; an zweiter Stelle Deutschland mit 151 Delegierten.

* Der Flieger Sebrecs, der am vergangenen Sonntag an dem internationalen Flugtag in Brüssel, bei dem der deutsche Flieger Lusser den Königspreis erlangte, teilnahm, ist am Sonntag in Brüssel bei Sturzflugvorführungen tödlich abgestürzt.

* Mussolini empfing am Sonnabend im Palazzo Chigi den südlawischen Gesandten in Rom zum ersten Mal nach der Spannung zwischen Rom und Belgrad. Man kann darin den ersten Schritt zur direkten Beilegung der Differenzen, die schon durch Ausgleich des albanisch-südlawischen Konfliktes an Schärfe verloren haben, erblicken.

* Ein Aufruf Schanghaier fordert zum Abschluß eines Waffenstillstandes auf, um weiterem Blutvergießen im Bürgerkrieg ein Ende zu bereiten. In maßgebenden Kreisen Schanghais bezweifelt man den Erfolg dieser Kundgebung, zumal sich sowohl die Nanjing-Regierung, als auch die hantauer Nachthaber ablehnend verhalten.

bald eine Entscheidung kommen werde, und zwar in einer Weise, die einzig und allein die Erhaltung des Friedens in Europa garantieren würde, eine Entscheidung für Stresemann und gegen Poincaré.

Dr. Stresemann nach Oslo abgereist.

Berlin, 26. Juni. Reichsaussenminister Dr. Stresemann ist heute morgen 9.40 Uhr von Berlin abgereist, um sich über Warnemünde-Kopenhagen nach Oslo zu begeben. In seiner Begleitung befinden sich außer seiner Gemahlin Geheimrat von Baligand und Legationsrat Dr. Redhammer.

Daudet befreit.

Eine Köpenickdiade in Paris.

Der Führer der französischen Königspartei, Leon Daudet, der erst vor einigen Tagen unter einem Aufgebot von 5000 Polizisten ins Gefängnis gebracht wurde, ist von seinen Freunden durch List aus dem Pariser Santé-Gefängnis befreit worden. Die Tat erinnert an die Geschichte des „Hauptmanns von Köpenick“.

Aber den Hergang der Befreiung werden folgende Einzelheiten berichtet: Am die Mittagszeit wurde bei dem Gefängnisdirektor telephonisch angerufen und ihm mitgeteilt, daß der Innenminister ihn persönlich sprechen wolle; der angebliche Innenminister meldete sich hierauf am Telephon und teilte dem Gefängnisdirektor mit, daß die Regierung die Begnadigung Leon Daudets, seines Mitarbeiters Delest und des Kommunisten Semard beschlossen habe. Der angebliche Minister gab ferner den Auftrag, Daudet sofort aus der Haft zu entlassen, da sonst Straßendemonstrationen zu erwarten seien. Der Gefängnisdirektor, der über diese Mitteilung zwar überrascht war, aber nicht daran zweifelte, mit dem Minister persönlich gesprochen zu haben, wollte sich nochmals über den genauen Wortlaut des Auftrages unterrichten. Er ließ sich also nochmals mit dem Innenminister verbinden, dessen sämtliche Leitungen durch Anhänger Daudets in Anspruch genommen waren. Ein junger Mann war sogar unbeachtet in das Ministerium gegangen und fing das Gespräch mit dem Gefängnisdirektor auf. Als er die Bitte um Befreiung des erhaltenden Auftrages aussprach, antwortete der junge Mann: „Natürlich stimmt der Auftrag. Weilt euch, ihn auszuführen!“ Nun lag für den Gefängnisdirektor kein Grund mehr vor, an der Richtigkeit des Auftrages zu zweifeln. Er begab sich sofort zu den drei Häftlingen und teilte ihnen mit, daß die Regierung ihre Befreiung beschlossen hätte. Außerdem bestellte er selbst die Autodroßke, die in den inneren Hof einfuhr, damit die Gefangenen ohne Aufsehen abfahren konnten. Daudet schritt erhabenen Hauptes aus dem Gefängnis, durchaus nicht wie ein Gefangener. Er soll selbst von der Köpenickdiade nichts gewußt haben. Natürlich begaben sich die drei Gefangenen nicht in ihre Wohnungen. Über ihren Aufenthalt ist bisher nichts bekannt.

Der Kabinettsrat trat alsbald zusammen, um sich mit der Angelegenheit der Befreiung Daudets, Delests und Semards zu beschäftigen. Ein Kommuniqué wurde nicht ausgegeben, aber der Justizminister erklärte, daß der Direktor des Santé-Gefängnisses von seinem Dienst enthoben und gegen ihn eine disziplinarische Untersuchung angeordnet worden sei. Außerdem werde auch eine Untersuchung eingeleitet, um die Umstände festzustellen, unter denen die Befreiung der Gefangenen erfolgt ist. Der Innenminister Sarraut verweigerte mit Hinweis auf die eingeleitete Untersuchung jede Auskunft über das weitere Schicksal der befreiten Gefangenen.